

# Wochenblatt für Wilsdruff

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends.

Bezugspreis vierteljährlich 1 RM. 30 Pfg., durch die Post bezogen 1 RM. 54 Pfg.

Druckpreis Nr. 6. — Telegramm-Adresse: Amtsblatt Wilsdruff.

und Umgegend.

Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens 12 Uhr angenommen.

Inserationspreis 15 Pfg. pro vierzeiliger Korpuszeile. Außerhalb des Amtsgerichtsbezirks Wilsdruff 20 Pfg. Betrandender und tabellarischer Satz mit 50 % Aufschlag.

## Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Weissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charand.

Localblatt für Wilsdruff.

Altanneberg, Birkenhain, Blankenstein, Braunsdorf, Buchhardtswalde, Großsch, Grumbach, Grumbach bei Mohorn, Heldigsdorf, Herzogswalde mit Vansdorf, Kaufbach, Kesselsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Lampersdorf, Linzbach, Losen, Mohorn, Müllers-Rothsch, Münzig, Neufirch, Reutanneberg, Niederwartha, Oberbernsdorf, Bohrsdorf, Röhrsdorf bei Wilsdruff, Rothsch, Rothschönberg mit Berne, Sachsberg, Schwarzwalde, Sora, Steinbach bei Kesselsdorf, Steinbach bei Mohorn, Seeligsdorf, Spechtshäulen, Tarnheim, Unterköpp, Weisköpp, Wilsberg.

Mit der wöchentlichen Beilage „Welt im Bild“ und der monatlichen Beilage „Unsere Heimat“.

Druck und Verlag von Arthur Schunk, Wilsdruff. Für Politik und Inserate verantwortlich: Arthur Schunk, für den übrigen Teil: Johannes Krug, beide in Wilsdruff.

No. 63.

Dienstag, den 8. Juni 1909.

68. Jahrg.

### Bekanntmachung.

Unter Hinweis auf die Bekanntmachung der Königlich Amtshauptmannschaft zu Weissen in Nr. 62 des hiesigen Wochenblattes wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß während der Zeit

vom 9. bis mit 12. dieses Monats vormittags von 10 bis 1 Uhr und nachmittags von 3 bis 6 Uhr

im Hotel zum Hamburger Hof in Weissen Zeichnungen und Modelle für Kleinwohnungen, Säulen, Gashöfe, landwirtschaftliche Gebäude usw. zur Ausstellung gelangen.

Der Zutritt ist unentgeltlich. Am Tage der Eröffnung, den 8. Juni d. J., ist die Ausstellung nur nachmittags von 4 bis 7 Uhr zugänglich. Zu recht zahlreichem Besuche wird hierdurch noch besonders aufgefordert.

Wilsdruff, den 5. Juni 1909.

Der Stadtrat.  
Kahlenberger.

### Politische Rundschau.

Wilsdruff, den 7. Juni.

#### Deutsches Reich.

#### Eine Konferenz der Finanzminister der Bundesstaaten.

Die Finanzminister der deutschen Einzelstaaten treten in dieser Woche, voraussichtlich am Dienstag, in Berlin zusammen, um zu den Vorschlägen der Rumpfkommision des Reichstags zur Finanzreform Stellung zu nehmen. Nach verschiedenen Äußerungen einer bedeutenden politischen Persönlichkeit, die sowohl die Stimmung der Bundesstaaten kennt als auch gute Beziehung zur Berliner Wilhelmstraße unterhält, über die Stellung der Reichsregierung zu den Steuervorschlägen der Rumpfkommision scheint die Reichsregierung geneigt zu sein, den Vorschlägen ohne erhebliche Bedenken beizutreten, um endlich in der Frage der Finanzreform reinen Tisch zu machen. Sie muß aber mit den Einzelstaaten rechnen, und deren Vertreter werden in dieser Woche, bei ihrer Konferenz in Berlin, nicht nur erheblichen Widerstand in mancher Hinsicht leisten, sondern voraussichtlich die Kotierungssteuer gänzlich fallen lassen. Der Gewährsmann ist der Ansicht, daß die Reichsregierung an der Reichsverschaffungssteuer noch lediglich um deswillen festhält, um sie gegebenenfalls als Austauschobjekt benutzen zu können.

#### Eine offiziöse Absägung

#### an die Rumpfkommision.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt in ihrem Wochenrückblick über die Finanzreform: Die Kommission hat dem zur Regelung der formalen Finanzverhältnisse dienenden Gesetzentwurf betreffend Änderungen im Finanzwesen aus eigener Initiative eine Reihe von Steuern eingefügt. Es muß zunächst schon als bedenklich bezeichnet werden, wenn von der Kommission in den Finanzgesetzentwurf neue materielle Steuervorschläge hineingearbeitet werden, die mit den Vorschlägen der Regierung nicht zusammenhängen. Noch schwerer wiegen die sachlichen Bedenken insbesondere gegen drei der eingeführten Steuerprojekte: die Steuer auf Wertpapiere, die Mühlen- und Sägemühlsteuer und der Kohlenausfuhrzoll. In erster Linie ist es die sogenannte Kotierungssteuer, welche für Handel und Industrie, wie überhaupt für die gesamte deutsche Volkswirtschaft verhängnisvolle Folgen haben würde. Diese Steuer ist ungerecht, denn sie trifft den Aktionär, auf den sie abgewälzt wird, nicht nach seiner Leistungsfähigkeit. Sie verstößt überdies gegen die anerkannte Notwendigkeit, den gesamten Besitz heranzuziehen und sie enthält einen Eingriff in die Rechte und Interessen der deutschen Einzelstaaten, denen sie als Einkommens- oder Vermögenssteuer in diesen zustehende Einnahmequellen eingreift. Der dem Reich daraus zustehende Gewinn würde in keinem Verhältnis zu der schweren Schädigung von Handel und Industrie stehen, die eine unabweisliche Folge einer derartigen Belastung wäre. Nur eine nach der Leistungsfähigkeit abgestufte Steuer auf den gesamten Besitz kann den Anforderungen sozialer Gerechtigkeit entsprechen. Dieselben Erwägungen lassen den oft erörterten Kohlenausfuhrzoll nach wie vor als eine ungeeignete wirtschaftliche Maßregel erscheinen. Man würde sich einer schweren Täuschung hingeben, wenn man glauben wollte, daß die Steuer von den Grubenbesitzern selbst getragen würde; vielmehr machen es die Erfahrungen der verflochtenen Jahre zur Gewißheit, daß diese Abgabe leichter als jede andere indirekte Steuer auf die Verbraucher abgewälzt und dadurch der deutschen Industrie der internationale Wettbewerb weiter erschwert würde. Außerdem bestände die Gefahr, daß, wenn Deutschland mit Ausfuhrzöllen vorginge, das Ausland

seinerseits dem Beispiel folgte und Ausfuhrzölle auf Rohmaterialien legte, auf deren Bezug die deutsche Industrie angewiesen ist. Die Finanzreform, die bereits erhebliche Lasten für alle Volkskreise bedeutet, darf nicht noch mit Bestrebungen besetzt werden, die, mögen sie auch zum Teil populären Ideen entspringen, doch bezüglich ihrer Wirkung sehr bescheiden und keinesfalls bereits völlig geklärt sind. Was Deutschland zurzeit braucht, ist eine Finanzreform.

#### Die nationalliberale Reichstagsfraktion und die Erbschaftsteuer.

Wie das „Leipziger Tageblatt“ aus sicherer Quelle erfahren haben will, beabsichtigt man in der nationalliberalen Fraktion des Reichstages die Abstimmung über die Erbschaftsteuer zur Fraktionsfrage zu machen. Die Abgeordneten Graf Diola, Freiherr Heyl von Herrnsheim, Lehmann-Jena und Präsident Haas seien Gegner der Erbschaftsteuer, sie würden also durch diese Maßnahme gezwungen werden, zwischen dem Aufgeben dieser Gegnerschaft und der Zugehörigkeit zur nationalliberalen Partei zu wählen.

#### Eine Drohnote

nennst das „B. L.“ nachstehende Warnung der liberalen Wiener „Neuen Fr. Presse“: Der Reichsfinanzminister würde es nach wie vor für außerordentlich bedauerlich halten, wenn die Finanzreform ohne oder gar gegen die liberalen Parteien zustande käme. Ganz abgesehen von den, für seine Person etwa daraus zu ziehenden Konsequenzen, würde als unmittelbare Folge solcher Abstimmung die Ausschaltung des Liberalismus aus der Gesetzgebung für absehbare Zeit sich ergeben. Insbesondere haben die Nationalliberalen zur Genüge die Erfahrung gemacht, daß die Abhängigkeit von radikalere Richtungen allemal ihre Reichen stark geschwächt und die Aktionskraft der Partei wesentlich herabgemindert hat. Die Vorgänge in der Kommission erscheinen dem Reichsfinanzminister gewiß nicht erfreulich. Es war aber von vornherein klar, daß die Entscheidung allein im Plenum zu fallen haben werde. Sofern die Liberalen bereit sind, 380 Millionen im Wege indirekter Steuern aufzubringen, werden (daran ist nicht zu zweifeln) auch die Konservativen die Regierung bei der Erbschaftsteuer nicht im Stich lassen, zumal sich diese Partei der Schwäche ihrer Position wohl bewußt ist. Die Finanzreform muß und wird verabschiedet werden, weil davon Deutschlands Zukunft abhängt. Geschieht dies durch die gegenwärtige oder eine andere Regierung in einer für Handel und Gewerbe schädlichen Form, so würden diejenigen vor dem Lande und der Geschichte die Schuld tragen, die sich in einer Schicksalsstunde von der Mitarbeit zurückgezogen und dadurch den verkehrtsfeindlichen Parteien die Bahn freigemacht haben.

#### Eine umfassende Vereinfachung des Dienstbetriebes der Post

hat das Reichspostamt soden angeordnet. Die Änderungen umfassen nicht weniger als 38 verschiedene Punkte. Sie treten sämtlich am 1. Juli in Kraft. Bezweckt wird damit auch eine Ersparung von Ausgaben, indem Arbeit oder der Verbrauch von Betriebsmaterial vermieden wird. In vielen Fällen ist die Befugnis der Postämter erweitert worden. Sie können über mannigfache Fragen jetzt selbständig entscheiden, ohne die Oberpostdirektion zu befragen. Auch manche Meldungen und Berichte an die Bezirksbehörde werden vereinfacht oder ganz beseitigt.

#### Ausland.

#### Der drohende Riesenstreik der englischen Bergleute.

Die Nachrichten, daß in den schottischen Kohlenrevieren etwa 100000 Bergleute streiken werden, kommen nicht un-

erwartet. Die englischen Delegierten Edwards (Parlamentarisch-mitglied), Smiley Bracc, Richard (auf dem internationalen Bergarbeiterkongress in Berlin waren 60 Engländer) sehen sehr schwarz in die Zukunft, und hinter den Kulissen des Kongresses bildete der Riesenstreik das Hauptgespräch. Mannigfache Vorbereitungen, die in erster Linie sich auf Unterstützung der Engländer bezogen (Geldmittel und Verweigerung jeder Extrazuschüsse) sind angeblich bereits getroffen. Eine Berliner Korrespondenz erklärt nun, daß ein Solidaritätsstreik in Deutschland, wie hier und dort angenommen wurde, gänzlich ausgeschlossen ist.

In Deutschland ist nicht die geringste Stimmung für einen Streik. Der deutsche Bergarbeiterverband würde dabei vollkommen „in die Waden gehen“. Was die englischen Verhältnisse anbetrifft, so erfährt man aus maßgebenden Kreisen, daß bereits zweimal, am 11. Mai und 21. Mai, das englische Einigungsamt getagt hat und in beiden Sitzungen die Delegierten der Scottish-Miners-Federation erklärten, unter keinen Umständen die angeforderte Lohnreduktion von 12 1/2 Prozent zu willigen. Die Bergbesitzer wollen angeblich nur einen Lohn von 5 Schilling 6 Pence zahlen, während die Arbeiter nicht unter 6 Schilling arbeiten wollen. England hat etwa eine Million Bergleute und es ist natürlich total ausgeschlossen, daß alle in den Streik gezogen werden. Die British-Miners-Federation, die maßgebendste Bergarbeiter-Vereinigung der Welt, hat jedoch erklärt, die Schritten nicht im Stiche lassen zu wollen, aber zwischen Worten und Taten ist auch bei den englischen organisierten Arbeitern ein großer Unterschied; wir erinnern nur an den Hafenarbeiterstreik in Hamburg, wo englische organisierte Dockarbeiter die Arbeit ihrer Hamburger Kollegen freiwillig übernahmen. Eine gewisse Hoffnung besteht immer noch, daß der drohende Riesenstreik unterbleibt. Denn so stark sind die sekundären Hilfsmittel der englischen Arbeiter nicht, um für längere Zeit Dundertauende von Arbeitern und womöglich Familien über Wasser halten zu können.

#### Neues vom edlen Serbenprinzen.

Als Major Danowitsch dem Prinzen Georg durch zwei Zeugen, darunter einen bekannten Verschwöreroffizier, eine Aufforderung zum Duell schickte, ließ der Prinz die Kartellträger durch einen Diener aus dem Palais werfen und sagen, die Verschwörerbande dürfe die Stufen seines Palais nicht betreten. Er erachte es unter seiner Würde, mit Verschwörern Verhandlungen zu führen.

Infolge des Konfliktes mit dem Major Danowitsch begab sich Prinz Georg am Dienstag in das Kriegsministerium und verlangte vom Minister, daß Major Danowitsch vor ein Kriegsgericht gestellt und wegen Herausforderung des Prinzen zum Duell degradiert werde, andernfalls er sich auf offener Straße Genugthuung verschaffen werde.

#### Der amerikanische Senat gegen die Angriffe auf Deutschland.

Im amerikanischen Senat wurde am Donnerstag Senator Aldrich vom Senator Stone wegen seiner Äußerungen vom 20. Mai über den deutschen Lohnericht befragt. Stone sagte, er sei nicht erstaunt, daß Deutschland durch die Äußerungen Aldrichs beleidigt sei, die sicherlich jeder Staat als unfähig, wenn nicht als unhöflich angesehen hätte. Aldrich erwiderte, er habe nicht die deutsche Regierung beschuldigt, sondern lediglich von anonymen deutschen Fabrikanten gesprochen, deren Information in der Voraussetzung gegeben worden seien, daß sie nicht für die Zollgesetze verwendet werden würden. Er betrachte solche Information als wertlos und er habe nicht gesagt, daß die deutsche Regierung die Tarifgesetzgebung zu beeinflussen versuche. Doch wiederholte Aldrich, ein solcher Versuch irgend einer Regierung würde